

Sallmutter: Kritik an Bartenstein-Vorschlag zur Mütterpension

Utl.: Gratis-Pension für Mütter ist Anschlag auf das Pensionssystem=

Wien (GPA/ÖGB). In einem Interview mit dem heutigen Standard fordert Familienminister Bartenstein, Kindererziehungszeiten zu echten Beitragszeiten für die Pensionsversicherung auszubauen. Mütter mit zwei Kindern würden beispielsweise nur mehr sieben Beitragsjahre aus Erwerbstätigkeit benötigen, um einen eigenständigen Pensionsanspruch zu erwerben. ++++

"Ich finde es interessant, dass dieselben Politiker, die auf der einen Seite die Unfinanzierbarkeit der Pensionen beschwören, auf der anderen Seite keinen Genierer haben, dem Pensionssystem laufend versicherungsfremde Leistungen aufzuhalsen, ohne sich um die finanzielle Bedeckung zu kümmern", reagiert GPA-Chef Sallmutter auf die Bartenstein-Idee.

Wenn Bartenstein seine Forderung ernst meine, dann solle er auch klarstellen, wie er sich die Finanzierung dieser Gratis-Pension für Mütter vorstelle. Eine Umsetzung der Bartenstein-Idee laufe zwangsläufig auf eine Beitragserhöhung oder auf eine Erhöhung des Bundeszuschusses zur Pensionsversicherung hinaus. Schon die derzeit bestehende Anrechnung der Kindererziehungszeiten werde nur teilweise durch das Familienministerium abgedeckt. "Senkung der Lohnnebenkosten, keine Beitragserhöhung, Reduzierung der Bundeszuschüsse und gleichzeitiger Ausbau der Leistungen, so etwas funktioniert nur im sozialpolitischen Schlaraffenland der ÖVP", kritisiert Sallmutter.

Selbstverständlich wäre die Schaffung einer eigenständigen Alterssicherung für Frauen sinnvoll. Dazu bedürfe es aber seriöser Finanzierungsvorschläge. Überlegenswert wäre etwa das Modell von Frauenministerin Prammer, wonach Beitragszahlungen durch den Ehegatten erfolgen, wenn die Frau freiwillig zu Hause bleibt und keine Ansprüche auf Karenz- oder Arbeitslosengeld mehr bestehen. Die jüngsten sozialpolitischen Forderungen der ÖVP, Stichwort "Karenzgeld für alle", seien eine gefährliche Drohung an alle Beitragszahler. Denn diese müssten letztlich in irgendeiner Form für die Finanzierung der unüberdachten ÖVP-Wahlzuckerl aufkommen. "Sozialpolitische Leistungen zum Nulltarif gibt es nicht", schloss Sallmutter. (Bac-)

Rückfragehinweis: GPA

Christoph Sykora
Tel. (01) 313 93/516 DW

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0141 1999-08-18/12:39

181239 Aug 99

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19990818_OTS0141